

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für einen Monat 1,10 RM, für 3 Monate 3,10 RM, für 6 Monate 5,80 RM, für ein Jahr 10,80 RM. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstige ungewöhnlicher Schwankungen des Betriebes der Zeitung, d. Verleihen od. d. Verleihen der Einrichtungsgegenstände) hat der Bezugsnehmer das Recht auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den 4 Beilagen „Neue Musikserie“, „Mode und Heim“, „Garten, Land und Herd“ und „Kochbuch“.

Kostenlos werden an den Erscheinungstagen bis 12 Uhr Mittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten. Anzeigenpreis: Die 6 mal geschnittene 40 mm breite Zeile 20 Pfg. Kompl. oberhalb 50 Pfg. Wochensatz. Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Anzeigenvertrag durch Abgabe eingegangen worden ist, aber wenn der Auftraggeber in Absicht steht.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Gemeinde-Konto Nr. 196.

Nummer 144

Freitag den 8. Dezember 1933

32. Jahrgang

Ämtlicher Teil

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung.

Die am 11. Dezember fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Umsatzsteuer und die am 15. Dezember fällige Teilzahlung auf die Grunderwerbsteuer sind pünktlich an die Finanzkasse abzuführen.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht. Die nicht entrichteten Beträge werden nebst 12% Verzugszinsen vom Fälligkeitstage ab durch Postnachnahme oder Zwangsvollstreckung eingezogen.

Finanzamt Radeberg, am 4. Dezember 1933.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 7. Dezember 1933.

Erstmalig tagte am 3. Dezember der bisherige hiesige Militärverein nach erfolgter Neugliederung unter seiner neuen Bezeichnung „Kriegerverein“. Der Führer des Vereins, Herr Gröber, schilderte nach einer Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder eingehend in leichtverständlicher Weise die Neuorganisation des Kriegervereins. Aus diesem war zu entnehmen, daß nach Aufgehen des Sächs. Militärvereinsbundes in dem Reichskriegerverband „Kriegerhäuser“ der hiesige Kriegerverein dem Landesverband Sachsen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kriegerhäuser“ angehöre. Am Anschluß hieran wurde die Zusammenlegung der Vereinsführung bekanntgegeben, die im wesentlichen in den bewährten Händen verbleibt. Reges Interesse fand auch die vom Führer vorgelegene Rundgebung des Präsidenten des „Kriegerhäuserbundes“. Nach erfolgten Neuaufnahmen konnte der Führer der Versammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß, Dank der Opferfreudigkeit der Kameraden, der Kleinkaliberschleßstand restlos bezahlt ist. Nachdem noch einige Eingänge bekanntgegeben und eine Berichtserstattung über die Führertagung in Radeberg erfolgt war, erbat die für den hiesigen Kriegerverein so bedeutungsvolle Versammlung mit einem dreifachen „Sieg Heil!“ auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler sowie auf den Reichskriegerbund und unser geliebtes Vaterland.

Die heutige Adventsfest im Frauenverein soll eine kleine Liebererhöhung für die geehrten Mitglieder sein. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen. Ein Besuch wird sich sicher lohnen. Auch Gäste sind zu dieser Feier herzlich willkommen.

Auf die im ämtlichen Teil erscheinende Aufforderung zu Steuervorauszahlungen wird aufmerksam gemacht.

Der neue Sächsische Kinderkalender steht ganz im großen Erleben der Zeit. Er hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die nationale Erhebung mit zum Ringen zu bringen. Vor allen Dingen wollen seine Geschichten innerlich den tapferen deutschen Sinn in unserer Jugend wachrufen. Alles wird in gesunde christliche Bahnen gelenkt. Das Büchlein will Freude machen und Volk und Kirche bauen helfen. Preis 25 Pfg., zu haben in der hiesigen Buchhandlung.

Die Aufgaben der Amtswalter

Auf der Reichstagung der NS-Hago hielt der Stabsleiter der PD und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Lehmann, eine Rede, in der er u. a. ausführte: Das Schicksal hat dem deutschen Volk mehrmals Führer von überragender Größe geschenkt: Friedrich den Großen, Bismarck, Adolf Hitler. Der Bestand einer politischen Führung aber ist auf die Dauer immer von der Qualität der politischen Interoffiziere abhängig. Der Nationalsozialismus hat als erste Bewegung diese Notwendigkeit klar erkannt und ihr dadurch Rechnung getragen, indem er bewußt die Ausbildung der politischen Amtswalter in den Vordergrund stellte. „Wir haben uns das Ziel gesetzt“, so fuhr Dr. Lehmann fort, „daß die politischen und weltanschaulichen Grundzüge richtunggebend für Jahrtausende, ja vielleicht für ein Jahrtausend, werden. Damit haben wir aber auch die Verantwortung übernommen, jeht und in der Zukunft einen politischen Führerstab heranzubilden, der in der Lage ist, auch unter anderen Voraussetzungen, als sie heute gegeben sind, unser Werk durchzuführen. Es muß von jedem Amtswalter verlangt werden, daß er seine Aufgaben in soldatischer Disziplin erfüllt. Wir verlangen aber auch, daß er zu jeder Zeit in seinem Kreis, in dem er wirkt, Prediger unserer Idee ist.“ Dr. von Krenn, der Leiter der NS-Hago, teilte unter großem Beifall mit, Dr. Lehmann habe ihm zugelagt, daß die Lehrlinge, Gesellen und Angestellten in Betrieben des Handwerks des Handels und des Gewerbes ihre Melkung zum Beitritt zur Arbeitsfront im Gesamtverband deutscher Handwerker Kaufleute und Gewerbetreibenden abzugeben hätten.

Mißbrauch der Bedarfsdeckungsscheine
Einzelne Großhandelsfirmen der Möbelbranche, die zur Annahme von Bedarfsdeckungsscheinen zugelassen sind, fordern kleinere Handwerker und Möbelschreiner, die ebenfalls zur Annahme solcher Scheine zugelassen sind, auf, ihre Kunden, die Bedarfsdeckungsscheine besitzen, dem betreffenden Großhandelsunternehmen zum Einkauf gegen entsprechende Vergütung zuzuführen. Eine solche Ausnutzung mittelständischer Gewerbetreibender zugunsten von großen Firmen widerspricht den mit der Ausgabe von Bedarfsdeckungsscheinen verfolgten Zwecken. Die Gemeinden werden daher durch eine Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums veranlaßt, auf diesen Mißstand zu achten und nötigenfalls den in Frage kommenden Großhandelsfirmen ein derartiges Vorgehen unter Androhung der Entziehung der Berechtigung zur Annahme von Bedarfsdeckungsscheinen zu unterlagen.

Ambulanter Gewerbebetrieb am Heiligen Abend
Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat keine Bedenken dagegen, daß das ambulante Gewerbe am 24. Dezember während der für den Einzelhandel freigegebenen Stunden sein Gewerbe ausübt. Die unteren Verwaltungsbehörden haben also entsprechenden Besuchen um Ausnahmebewilligung nach § 55 a der Gewerbeordnung im allgemeinen stattzugeben.

Zuteilung von Ständen auf Jahrmärkten
Nach einer Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums sollen, um eine Einschränkung bisher schon bestehender Arbeitsmöglichkeiten zu vermeiden, die Gemeinden bei Jahrmärkten den bisherigen Inhabern von Verkaufsständen den ihnen schon früher zugewiesenen Platz belassen und von einer Einschränkung der ihnen zugewiesenen Stände nach Zahl und Größe absehen, sofern dies im Hinblick auf die von ihnen mitgeführte Warenmenge erforderlich ist.

Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte
Das Reichsarbeitsministerium führt in einem Erlaß u. a. folgenden aus: „Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist es eine Ehrenpflicht der Behörden wie der Wirtschaft, gerade den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen, denen das deutsche Volk eine ganz besondere Dankeschuld abzutragen hat. Es muß in absehbarer Zeit gelingen, allen arbeitsfähigen Kriegsbeschädigten, die dem Vaterland ihre Gesundheit zum Opfer gebracht haben, eine für sie geeignete Beschäftigung und ein ausreichendes Einkommen zu sichern.“ Hierauf wird von der Hauptfürsorgestelle Dresden zur besonderen Beachtung hingewiesen.

Erlaubnis für den Handel mit Milch
Baut Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums ist, bevor eine Handels-erlaubnis nach § 11 des Milchgesetzes erteilt wird, dem örtlich zuständigen Milchverordnungsorgan Bescheinigung zur Stellungnahme zu geben.

Milchverordnungsverband Dresden
Durch Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums werden die Inhaber von Betrieben, die in den Bezirken der Amtshauptmannschaften Bautzen, Wittenberg und Zittau einschließlich der in diesen Bezirken liegenden bezirksfreien Städte Milch oder Milchzerzeugnisse erzeugen und abgeben (Erzeuger), Milch oder Milchzerzeugnisse abgeben oder verarbeiten (Bearbeiter) oder mit Milch oder Milchzerzeugnissen handeln (Händler) zur Regelung der Milch- und Milchzerzeugnisse-Produktion, des Verkehrs und des Abfluges von Milch und Milchzerzeugnissen dem Milchverordnungsverband Dresden, Körperschaft öffentlichen Rechts in Dresden, angeschlossen. Für Betriebe gelten alle Bestimmungen für den Milchverordnungsverband Dresden.

Einstellung des Elbflößverkehrs
Infolge des starken Eisganges auf der Elbe erklärten die Elberedereien am Dienstag den regelmäßigen Schiffsahrtsbetrieb für eingestellt. — An der sächsisch-böhmischen Grenze von der Holzfabrik in Schöna ab aufwärts und ferner bei Wannow oberhalb von Kuffig ist das Eis zum Stehen gekommen. Am Schredenstein hat man mit dem Umlegen der Elbmehre (Mastwurf-Stauwehr) begonnen, um den Wasserabfluß ungehindert zu ermöglichen, so daß in der nächsten Zeit vorübergehend mit einem erheblichen Anwaschen des Uferlandes auch in Sachsen zu rechnen sein dürfte.

Hilfe für die Unwettergeschädigten
Trotz der großen Finanzschwierigkeiten der sächsischen Gemeinden hatten diese für die Opfer der Unwetterkatastrophe im Birnaer Gebiet am 29. Juli 1933 einen Betrag von über 11 000 RM gesammelt, der sich voraussichtlich noch etwas erhöhen wird. Diese Summe wird auf die Stadt und die Amtshauptmannschaft Birna je zur Hälfte aufgeteilt. Die erste Zahlung an beide Stellen in Höhe von je 5250 RM ist jetzt überwiesen worden.

Wieder Presseball in Dresden
Wie in früheren Jahren so wird auch diesmal der Presseball die großen Winterveranstaltungen einleiten. Damit nimmt der Bezirksverein Dresden im Landesverband der Sächsischen Presse die Tradition wieder auf, die einige Jahre lang wegen der inneren Zerrissenheit in unserem Volk unterbrochen worden war. Der Presseball ist seit jeher ein Spielplatz des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Landeshauptstadt gewesen; auch künstlerisch zählt er zu den besten Veranstaltungen im Lande. Er wird am zweiten Sonntagabend im Januar, 13. Januar abends, in sämtlichen Räumen des Ausstellungspalastes stattfinden. Einzeichnungslisten werden demnächst bei der Konzertdirektion Ries aufgelegt.

Zwei Bahnarbeiter getötet

Wie das Reichsbahnbetriebsamt Leipzig mitteilt, wurden auf der Strecke Leipzig-Connewitz-Osch ein Rollfuhrer und ein verheirateter Zeitarbeiter aus Schmilchau bei Vermessungsarbeiten von einem Elzug der Strecke Leipzig-Plauen überfahren und getötet.

Bautzen. Kraftwagenunglück. Auf vereifter Straße geriet ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen aus Neugersdorf beim Ausweichen in einer Kurve ins Schleudern, laufe gegen einen Baum und wurde schwer beschädigt. Sämtliche drei Insassen, Geschäftsleute aus Neugersdorf, wurden mehr oder weniger erheblich verletzt und mußten ins Stadtfrankenhaus eingeliefert werden.

Seiffhennersdorf. Bürgermeister in Schußhaft. Auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei ist der Bürgermeister Richter wegen freimaurerischer Umtriebe ins Ausland in Schußhaft genommen worden. Er wurde mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst der Stadtgemeinde entlassen.

Zittau. Das Verbot an der Grenze. Der Polizei gelang es, mehrere frühere Mitglieder der SED und des Reichsbanners beim Verbreiten aus der Tschechoslowakei eingeführter hochverräterischer Druckschriften auf freier Tat festzunehmen. Unmittelbar an der Grenze fand man ein Verbot etwa ein halbes Meter unter der Erde, aus dem Grenzgänger regelmäßig die illegalen Drucksachen abholten. Hier fand man noch weitere Flugdruckschriften und Briefumschlüge.

Leipzig. Gefängnis für unwahre Behauptungen. Wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen wurde der Obersteuerinspektor Max Küttner zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Küttner hatte behauptet, Bürgermeister Haake bekomme 30 000 RM Aufwandsentschädigung, was aber den Tatsachen in keiner Weise entspricht.

Sächs. Kleinbahnzug gegen Lastautozug. Auf der Straße Horla-Rothenburg fuhr kurz hinter dem Kleinbahnzug 18 8 in einem Lastkraftwagenzug aus Dresden — Richtung hinein. Der vordere Wagen des Lastzuges wurde von der Lokomotive in der linken Flanke gefaßt, eine Streifenstange zertrümmert und vollkommen zertrümmert. Menschen sind bei dem Unfall wunderbarerweise nicht zu Schaden gekommen. Die Lokomotive und ein Personenwagen der Kleinbahn entgleisten. Vermutlich hatte der Kraftwagenführer am ungeicherten Bahnübergang die Warnsignale nicht beachtet.

Die Notlandsarbeiten in Sachsen

Das Landesarbeitsamt Sachsen meldet: In der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 5. Dezember 1933 sind im Bezirk des Landesarbeitsamtes Sachsen Notlandsarbeiten gemäß § 139 AVO mit einer Gesamtkostensumme von 7 276 586 RM anerkannt worden, wobei 303 911 Tagewerke geleistet und 13 274 Notlandsarbeiter beschäftigt wurden. Im Rahmen des Reinhardt-Programms werden 91 Maßnahmen aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gefördert. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten betragen 12 817 383 RM. Hierbei wurden von 7253 Notlandsarbeitern 777 839 Tagewerke geleistet.

Wir kämpfen weiter für Arbeit und Brot.

Sitzung des Kreisauerschulusses Leipzig
In der ersten Sitzung des Kreisauerschulusses Leipzig betonte Kreisauerschulussvorsitzende Dönitz, er werde den Ausschuss so wenig wie möglich einberufen, damit für die Mitglieder Zeit zur Arbeit bleibe. Der Ausschuss genehmigte die Bezirkskommissionen für 1933 des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaften Grimma und Borna über 876 700 bzw. 784 580 RM. Schon einmal hatte sich der Kreisauerschuluss mit der Übernahme der Bürgschaft durch den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma für ein von der Landesversicherungsanstalt der ehemaligen Siedlung Ködnitz-Zwischau gewährtes Darlehen in Höhe von 117 000 RM beschäftigt. Seinerzeit war der Landesversicherungsanstalt nahegelegt worden, die Zinsen auf fünf Prozent zu senken und die Tilgung auszusetzen. Da die Landesversicherungsanstalt auflehnte, hatte entgegenzukommen, und die ganze Siedlung viel zu teuer gebaut ist, kam der Ausschuss zur Verlegung der Genehmigung der Übernahme der Bürgschaft. Genehmigung fand die Gebietsabretung der Stadt Leipzig an die Freigebung zur Erbauung von billigen Wohnungen und an den Sächsischen Staat zur Errichtung von Schulbaracken für die Deutsche Oberschule für Mädchen. Weiter wurde die Verlängerung der Giltigkeit der Grundbesitzsteuer für Wurzgen genehmigt.

Frankreich bleibt unbelehrbar.

Kein Nachgeben in der Abrüstungsfrage zu erwarten.

Ein paar Wochen lang schien es, als ob in Frankreich während der Regierungskrisen, die es durchmachen mußte, sich die Vernunft durchzusetzen begänne. Man hörte und las recht einsichtige Stimmen, die von einem Entgegenkommen gegen Deutschland in der Abrüstungsfrage und einem Eingehen auf die Annäherungsvorschläge Hitlers sprachen. Auch schimmerte hier und dort die Verbrossenheit mit dem ganzen Regierungssystem durch und man glaubte bereits, auch in Frankreich eine gewisse Abwendung von der Demokratie und Zuwendung zum Führerprinzip feststellen zu können. Aber noch einmal sind diese Regungen durch die alte Richtung überwunden worden (wie lange noch?). Ministerpräsident Chaumepe, dessen Kabinett wie das seiner Vorgänger durch die nötigen und doch so unbeliebten Finanzmaßnahmen gefährdet erschien, hat nun, wie wir bereits mitteilten, eine Mehrheit in der Kammer gefunden und scheint sich nun mit einigermaßen Erfolg auch durch die bestehenden Schwierigkeiten hindurchzulavieren zu können. Mit dieser Festigung der Regierungsverhältnisse kehrt aber auch eine Verstärkung der außenpolitischen Haltung der neuen Regierung zurück. Schon in seiner Regierungserklärung betonte Chaumepe das

Festhalten an der früheren Haltung Frankreichs in puncto Abrüstung

und in der gestrigen Unterredung des französischen Außenministers mit dem englischen ist dieser Standpunkt, wie es heißt, noch schärfer hervorgehoben worden. Es ist nun die Frage, ob auch England, das in letzter Zeit so sehr zum Nachgeben und zum Verhandeln zwischen Deutschland und Frankreich drängte, auf seinem vernünftigen Standpunkt bestehen bleiben oder ob es, wie schon so oft, sich der Haltung Frankreichs anpassen wird.

Nachstehende Meldungen lassen gewisse Befürchtungen über die außenpolitische Lage wach werden:

Eine Unterredung Henderson — Paul Boncour.

Paris, 5. Dezember. Am Dienstagabend wird amtlich mitgeteilt: Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat heute Außenminister Paul Boncour besucht und hat sich lange mit ihm über die mit der Kon-

ferenz im Zusammenhang stehenden Probleme unterhalten, die augenblicklich zur Aussprache stehen. Henderson, dem das Büro der Konferenz die Aufgabe übertragen hat, einen Bericht über die wichtige Frage der Durchführungsbedingungen auszuarbeiten, die in die Abrüstungskonvention aufzunehmen sind und die nicht Gegenstand der Aussprachen auf der Konferenz selbst waren, hat sich über die französische Stellungnahme zu diesem Punkte unterrichtet. Paul Boncour hat ihm die erwünschten Auskünfte erteilt.

Nur keine Aufrüstung Deutschlands.

Paris, 6. Dezember. In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet über die Unterredung zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson und dem französischen Außenminister Paul Boncour, daß der französische Außenminister Henderson versichert habe, daß die französische These, die er in der Kammer am 14. November entwickelte, keinerlei Änderung erfahren habe.

Frankreich werde keines auch nur teilweisen Aufrüstung Deutschlands zustimmen. Für Frankreich sei dies einer der Hauptpunkte der ganzen Abrüstungsfrage. Deutschland irre sich, wenn es glaube, auf Grund eines Nachgebens der anderen Mächte, wie es in Rom oder von London vorgehien sei, wieder nach Genf zurückzukehren, denn Deutschland werde sich niemals mit der Anerkennung der gegenwärtigen Lage zufrieden geben, sondern immer weitere Forderungen stellen. Pressevertretern gegenüber erklärte Paul Boncour nach der Unterredung mit Henderson, daß Frankreich sich strikte an die am 14. Oktober von Sir John Simon entwickelte These halte und daß alle Informationen, wonach die französische Regierung von diesem Standpunkt abweichen würde, jeder Grundlage entbehren.

Abschluß der Inspektionsreise zu den französischen Ostbesetzungen.

Paris, 6. Dezember. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Guy la Chambre hat seine Inspektionsreise zu den französischen Besetzungsanlagen im Osten beendet und ist wieder nach Paris zurückgekehrt. Er erklärte, er habe von den Unterbringungsbedingungen der Truppen während des Winters einen vorzüglichen Eindruck gewonnen.

Das Wahlergebnis in Spanien.

Abgabe an den Marxismus.

Madrid, 5. Dezember. Der spanische Innenminister hat folgendes Gesamtergebnis der beiden Wahlgänge vom 19. November und 3. Dezember für die Zusammensetzung des neuen Landtages bekanntgegeben:

Rechtsgruppe:	
Volksaktion	62
Agrarier	86
Christliche Nationalisten	14
Traditionallisten und Monarchisten	43
Verschiedene	2
zusammen 207	
Mitte:	
Radikale	104
Konservative Republikaner	18
Katalanische Liga	25
Liberale Demokraten	9
Fortschrittler	3
Unabhängige Republikaner	8
zusammen 167	
Linksgruppe:	
Katalanische Linke	19
Orga	6
Radikalsozialisten	1
Unabhängige Radikalsozialisten	4
Republikanische Aktion	5
Sozialistische katalanische Union	3
Sozialdemokraten	58
Föderierte	2
Kommunisten	1
zusammen 99	

Die Gesamtzahl der Abgeordneten in der neuen Kammer beträgt 473.

Es steht demnach fest, daß die Abgabe des spanischen Volkes an den Marxismus endgültig und überwältigend ist. Von dem weiteren Vorgehen der Rechten, nämlich von der Fortdauer ihrer bisherigen Verbundenheit, wird die politische Zukunft des Landes abhängen. Maßgebend hierfür ist die Notwendigkeit, die Frage der Monarchie zurückzustellen, da sonst das Zusammenarbeiten mit der Mitte, die auf ausdrücklichen Wunsch der beiden stärksten Rechtsparteien die Regierung übernehmen soll, unmöglich gemacht wird. Verourg hat ausdrücklich erklärt, daß er nur mit Parteien arbeiten werde, die sich zur republikanischen Staatsform bekennen. In unterirdischen ist noch die Tatsache, daß dieses Wahlergebnis zum großen Teil auf die politische Aktivierung der Jugend zurückzuführen ist, die in diesem Rechtstiege größtenteils nur einen notwendigen Schritt zum Uebergang in ein antiparlamentarisches Regierungssystem das erstrebte Ziel sieht. Zunächst wird das Parlament, dessen Vorsitz der frühere liberale Minister Santiago Albo übernehmen dürfte, am 8. Dezember zusammentreten.

Das Ende der Prohibition.

Washington, 5. Dezember. Der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, Unterstaatssekretär Phillips, hat den 21. Zusatz zur amerikanischen Verfassung, der den Widerruf der Prohibition enthält, amtlich bekanntgegeben.

Die Nachricht von der Ratifikation Utahs wurde durch Rundfunk über das ganze Land verbreitet. Die Zeitungen gaben Extrablätter aus. In allen Städten hatte sich die Bevölkerung auf den Straßen versammelt und brach beim Eintreffen der Nachricht in frenetischen Beifall aus.

Der erste feuchte Abend in Neuyork.

Neuyork, 6. Dezember. Der erste feuchte Abend verlief entgegen den Erwartungen in Neuyork verhältnismäßig ruhig. Die meisten Lagerhäuser hatten infolge der späten Abkühlung über die Aufhebung des Alkoholverbotes in Utah bereits vor dem Bekanntwerden der Nachricht geschlossen. Ingesamt wurden 54 Lastwagenladungen alkoholischer Getränke freigegeben. Im Neuyorker Straßensystem sah man kaum Veränderungen. Lediglich am Times-Square und am Broadway hatten sich größere Mengen von Neugierigen eingefunden. Die Festnahmen und Verhaftungen überschritten nicht den täglichen Durchschnitt, obwohl die gesamte 19.000 Mann starke Polizei aufgebaut war. Die größten Feiern fanden in Hotels und geschlossenen Klubs

statt, wo hinreichend Wein vorhanden war, aber Whistymangel herrschte. Die Alkoholsmuggler stellen aus Furcht vor Anzeigen durch die rechtmäßige Konkurrenz allmählich den Betrieb ein.

Der Verwaltungsrat des Kommissariats für die deutschen Flüchtlinge zusammengesetzt.

Lausanne, 5. Dezember. Der Internationale Verwaltungsrat des Kommissariats für die deutschen Flüchtlinge trat am Dienstag zum erstenmal im Senatsaal der Lausanner Universität zusammen. Flüchtlingskommissar ist der amerikanische Professor James Macdonald; im Verwaltungsrat sind 15 Staaten vertreten. Das Flüchtlingskommissariat soll finanziell ausschließlich von den Beiträgen von privater Seite getragen werden und soll sich mit der Unterbringung der aus Deutschland Geflüchteten befassen.

Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde Lord Robert Cecil gewählt, der jedoch die endgültige Wahl ablehnte und den Vorsitz nur für die gegenwärtige Tagung übernahm. Flüchtlingskommissar Macdonald erstattete Bericht über den Stand der jüdischen Flüchtlingsfrage. Er teilte mit, daß 60.000 Flüchtlinge Deutschland verlassen hätten, von denen 51.000 Juden seien. Mehr als 18.000 Flüchtlinge seien polnisch oder anderer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die 60.000 Flüchtlinge verteilten sich folgendermaßen: Frankreich 25.000, Palästina 6.500, Polen 6.000, Tschechoslowakei 5.000, Holland 5.000, England 3.000, Belgien 2.500, Schweiz 2.500, Skandinavien 1.500, Oesterreich 800, Saargebiet und Luxemburg 500, andere Länder 1.000. Macdonald hob die Erklärung der holländischen Regierung in der Völkerbundversammlung hervor, nach der das Flüchtlingswert einen rein technischen Charakter zu tragen habe und insbesondere der Völkerbund nicht berufen sei, die Ursachen der jüdischen Auswanderung aus Deutschland zu erörtern. Er machte dann den Vorschlag, die Aufgaben des Flüchtlingskommissariats auf die Verhandlungen mit den Regierungen und die Zusammenfassung der einzelnen Tätigkeitsgebiete zu beschränken. Es sei aber nicht seine Aufgabe, selbst die für die Unterbringung der Flüchtlinge notwendigen Geldbeträge aufzutreiben.

Italien fordert grundlegende Völkerbundsreformen.

Weitere Mitgliedschaft Italiens davon abhängig. — Beschlässe des Großen Fasischistischen Rates.

Rom, 6. Dezember. Nach einer sehr langen Beratung, die von 10 Uhr abends bis gegen 2 Uhr morgens dauerte, hat der Große Fasischistische Rat zum dritten und vierten Punkt seiner Tagesordnung, die das Verhältnis Italiens zum Völkerbund und die Kriegsschulden an Amerika betreffen, folgende Entschlüsse gefaßt:

Der Große Fasischistische Rat beschließt nach Besprechung der Lage das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund von einer grundlegenden (radikalen) Reform dieses Organismus abhängig zu machen, die in kürzester Frist zu vollziehen ist und dem Völkerbund in seinem Aufbau, in seiner Funktion und in seinen Zielen zu betreffen hat.

Zur Kriegsschuldenfrage erklärt der Große Fasischistische Rat, daß Italien angesichts des neuen Termins vom 15. Dezember als Zeichen seines guten Willens eine Million Dollar zahlen wird in der Erwartung, daß die endgültige Regelung dieses Solls und Haben-Kontos, das aus dem Kriege resultiert, abgeschlossen wird.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, der das neue Gesetz über die Korporationen betrifft, brachte Balbo eine Entschließung ein, die dem Duce das volle Vertrauen ausdrückt und das italienische Volk auffordert, an der sozialen Umformung mitzuarbeiten.

Der autonome Mongoleistaat ausgerufen.

Tokio, 6. Dezember. Nach einer Mitteilung aus Dolor wurde die Selbständigkeit der Westmongolei ausgerufen. Dort hat sich eine Regierung gebildet, die jede Beziehung zu China, besonders zu Peking, abgebrochen hat.

Erregung in Moskau.

Moskau, 6. Dezember. Die Meldungen der japanischen und chinesischen Presse über die Bildung des neuen mongolischen Staates haben in Moskauer Kreisen wie eine Bombe

gewirkt. Man erklärt, daß die neue Regierung in Dolor nur ein Werkzeug in den Händen der japanischen Kriegspolitiker sein werde. Dieser Schritt beweise, daß Japan nicht nur Interesse für die Westmongolei, sondern auch für alle anderen mongolischen Gebiete habe. Die Lage im Fernen Osten habe sich dadurch erneut verschärft.

Milchfrühstück in allen deutschen Schulen geplant.

Berlin, 5. Dezember. Die Vorbereitungen für die Einführung des Schulmilchfrühstücks in allen deutschen Schulen werden zusehends von den zuständigen Stellen beim Reichskommissariat für die Milchwirtschaft und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der deutschen Länder tatkräftig vorwärtsgetrieben. Bei den Berechnungen geht man davon aus, daß von den etwa 31 Millionen Schülern in Deutschland rund eine Million Schüler für das tägliche Schulmilchfrühstück ernährt werden können. Wird also jedem Schüler täglich 1/4 Liter Milch verabreicht, so würde ein Tagesbedarf von 250.000 Litern entstehen, was bei 200 Schultagen im Jahre einem Jahresverbrauch von rund 50 Millionen Litern entsprechen würde.

Reichsinnenminister Dr. Frick über fremde Rassen.

Zurückweisung falscher Meldungen. Berlin, 6. Dezember. Reichsinnenminister Dr. Frick hat, wie Berliner Blätter melden, eine Erklärung zur Rassenfrage abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Infolge unrichtiger Meldungen ist in Ländern des fernsten Ostens in den letzten Wochen in der Tat eine gewisse Beunruhigung über die Pläne der Reichsregierung in der Rassenfrage entstanden. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang in der Presse Japans und Indiens die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß in Deutschland die Absicht bestehe, die Angehörigen fremder Rassen zu deflokkieren und sie gegenüber den Angehörigen der eigenen Rasse allgemein zurückzusetzen. Namens der Reichsregierung kann ich feststellen, daß derartige Nachrichten jeglicher Grundlage entbehren.“

Als fremde Rasse ist in Deutschland am stärksten das Judentum vertreten. Obwohl der zahlenmäßige Anteil der Juden in Deutschland nur 1,5 v. H. beträgt, hatten sie doch in den letzten Jahrzehnten, besonders aber seit 1918, durch den Zustrom von Juden aus dem nahen Osten einen ungeheuren Einfluß auf wirtschaftlichem, finanziellen und politischem Gebiet erlangt. Um nur einige Beispiele zu nennen, möchte ich auch bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Zahl der jüdischen Reichsbeamten in Preußen allein 3515 von insgesamt 11.814, d. h. 29,8 v. H. betrug, bei den Notaren waren es 1945 von insgesamt 2226, d. h. 87,2 v. H. Noch stärker war dieser Einfluß auf allen deutschen Hochschulen, in deren Lehrkörper die Juden durchschnittlich mit 30 v. H. vertreten waren. In den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Berlin und Breslau waren es sogar 45 v. H. Dieser übermäßige Ueberfremdung Einhalt zu tun, war für das deutsche Volk eine Lebensfrage geworden, so daß seine Rassenangelegenheit nur einen Akt der Notwehr und nicht des Hojes darstellte. Darüber hinaus ist es das Ziel der Reichsregierung, das Rassen- gut des deutschen Volkes zu pflegen und seine Reinherhaltung sicherzustellen. Mit diesen Bestrebungen will die Reichsregierung in keiner Weise ein Werturteil über andere Rassen fällen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß viele vom deutschen Volk rassistisch verschiedene Völker eine alte und hohe Kultur vertreten. Diese herabzusetzen liegt der Reichsregierung und dem deutschen Volk fern. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß Angehörige fremder Staaten in Deutschland nach wie vor ihrem Erwerb nachgehen können, und daß ihrer Jugend deutsche Bildungsanstalten nach wie vor offenstehen.“

Keine Feststellung der Nichtwähler.

Berlin, 5. Dezember. Der Reichsminister des Innern hat den Landesregierungen folgenden Runderlaß zugedenken lassen: Von verschiedenen Seiten ist angeregt worden, die Rimmberchtigten Personen festzustellen, die am 12. November mit Aufsicht der Wahlurne ferngeblieben sind. Angesichts der Tatsache, daß das deutsche Volk sich am 12. November mit einer überwältigenden Mehrheit für seinem Führer Adolf Hitler und den von der Reichsregierung verfolgten Zielen bekannt hat, erscheint mir eine nachträgliche Feststellung der Nichtwähler als eine kleinliche und unnötige Maßnahme. Das gleiche gilt hinsichtlich der mehrfach vorgeschlagenen Feststellung der Personen, die sich einen Stimmzettel haben ausstellen lassen und trotzdem von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Mögen alle diese Personen wie die „Rein“-Säger so mit sich selbst abmachen, daß sie sich am Schicksal der deutschen Nation bewußt außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft gestellt haben. Ich bitte, darauf hinzuwirken, daß jede Maßnahme, die auf eine Feststellung der Nichtwähler oder „Rein“-Säger hinausläuft, unterbleibt. Die Reichsleitung der NSDAP. habe ich verständigt.“

Keine unnötige Beflaggung.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Es ist zu beobachten, daß an Orten, die nationale Flaggen vielfach ohne jeden besonderen Anlaß gezeigt werden, daß sie an den Tagen, an denen eine allgemeine Beflaggung stattfand, nachts nicht wieder eingezogen werden und oft sogar tags- und wochenlang hängen bleiben. Um dieser die Bedeutung der Flaggen und die Würde der nationalen Symbole beeinträchtigenden Ansitte zu steuern, wird darauf hingewiesen, daß Flaggen nur an den Tagen gezeigt werden dürfen, an denen aus besonderen Anlässen die Beflaggung von Privathäusern von behördlicher Seite als angebracht und erwünscht bezeichnet oder von parteiamtlicher Seite angeordnet worden ist.

Die Flaggen müssen an diesen Tagen möglichst frühzeitig gehisst werden und sind mit Sonnenuntergang wieder einzuziehen. — Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht statthaft ist, die Fahnenkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Flagge, die beide nebeneinander bestanden, in irgendeiner Form zu vereinen.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Naturheiler.

Berlin, 5. Dezember. Der Führer der Deutschen Ärztegesellschaft, Dr. Wagner, teilt mit, daß die biologischen und Naturheiler, die sich auf einen früheren Aufruf gemeldet haben, in einer Reichsarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden sollen. Mit der Durchführung ist Dr. Wriedel, München, betraut.

Zu der letzten Sitzung des Reichsausschusses für das ärztliche Fortbildungswesen im Kaiserin-Friedrich-Haus in Berlin wurde der Führer der Deutschen Ärztegesellschaft, Dr. Wagner, München, einstimmig zum Ersten Vorsitzenden gewählt.

Der...
im Benehm...
trag, der H...
Glenarjaale...
Dr. Seuffer...
Reinigung...
den ist, das...
in enthält...
Verwendun...
Sicht festl...
Räume kalt...
dung ü b...
I a m m u...
ein Feuerb...
behaupet...
bereits vor...
eines Roh...
artig i...
fert beentr...
zu hören...
Hausinpekt...
Umlänge d...
Der D...
gegen diese...
Der ne...
in enthält...
Dortmund...
der Straß...
der Haupt...
hat. Von d...
weis und...
Jahren zu...
vorgeführt...
stellt, daß...
anlassung...
lei Gelder...
Für die M...
die Nacht...
habe nur a...
Zeuge Fern...
bestand. D...
so daß in...
herrichte, m...
Reichstages...
solte, v...
betundet, d...
neu organi...
kündungen...
wurde, daß...
zur Ex p...
im dadurch...
Aufstend...
auf Dienst...

Der N...
wird heute...
aus der I...
wieder in...
Breslau...
Teilnahme...
dächtig fin...
ung eines...
ben in Ju...
Verfahren...
wesen, wu...
hat sich...
Sinne bet...
lichen An...
teilt mit...
nach Freie...
Partei von...
einer techn...
Schaffung...
Partei die...
bedeute...
lebenwicht...
von Eifen...
aus Berlin...
Landstar...
der planm...
pagiert de...

Roman...
Frä...
wisse Ne...
ruhig an...
belgrüne...
Spiegel...
Goldblei...
vachte Fe...
nötigt h...
war A...
Handsch...
reichte...
stumm u...
Bürger...
ihre kle...
wandt u...
als sie...
sie die...
lah ihn...
Re...
leicht b...
Frä...
Pape, d...
hatten, d...
man wü...
Frä...
hinaus...
des groß...
Schritte...
leben w...
Sie brü...
lange...
tage gen...
Sonntag...
entschlo...
dumm, u...
dumm, u...
daß man...
wie and...
bedingt...

Der Reichstagsbrandprozess.

Dr. Dr. Seuffert stellt, wie schon kurz gemeldet, im Benehmen mit A. Dr. S. a. d. einen neuen Beweisanzug, der sich mit der Möglichkeit der Inbrandsetzung des Plenarsaales allein durch das Verhören des Zeugen Dr. Seuffert führt aus, es sei festgestellt worden, daß zur Reinigung des Plenarsaales ein Pulvermittel verwendet worden ist, das nach Aussage des Sachverständigen Schwerdtfeger enthält. Es ist behauptet worden, daß durch die häufige Verwendung dieses Pulvermittels sich an den Holzstützen eine Schicht festsetze, die zur Gasbildung neigt, sobald diese Räume kalt werden, und daß eben wegen dieser Gasbildung über dem Gestühl eine plötzliche Entzündung möglich ist, wenn an irgendeiner Stelle ein Feuerbrand hineingetragen wird. In einer Zuschrift sei behauptet worden, daß ein solcher Fall in Bad Rissingen bereits vorgekommen sei. Dort sei durch das Herausfallen eines Kohlenstückes in kürzester Frist ein Raum schlagartig in Flammen aufgegangen. A. Dr. Seuffert beantragt, den Sachverständigen Dr. S. a. d. darüber zu hören, ob diese Behauptungen richtig sind. Auch der Hausinspektor Scranowich soll gehört werden, in welchem Umfange das Pulvermittel verwendet worden ist.

Der Oberreichsanwalt erklärt, daß er keine Bedenken gegen diesen Antrag habe.

Der nächste Zeuge, Kriminalsekretär Kassebaum, Dortmund, hat seinerzeit die polizeilichen Ermittlungen in der Straßstraße K. a. n. e. r in Hamm geführt, in der bereits die Hauptverhandlung gegen 34 Angeklagte stattgefunden hat. Von diesen Angeklagten sind der Bauarbeiter J. e. r. w. e. i. s. und der Installateur B. r. a. n. d., die zu fünf und zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, heute als Zeugen vorgeführt worden. Kassebaum bekundet, er habe festgestellt, daß die Gruppen des Rotfrontkämpferbundes auf Veranlassung der Partei gebildet waren und daß auch die Partei Gelder zur Waffenbeschaffung zur Verfügung stellte. Für die Wahlen war höchster Alarm angeordnet und die Nacht der langen Messer vorbereitet worden. Man habe nur auf den Befehl zum Losschlagen gewartet. Der Zeuge J. e. r. w. e. i. s. bestätigt, daß im Februar Alarmbereitschaft bestand. Der endgültige Befehl sei aber nicht gekommen, so daß in Kreisen des Rotfrontkämpferbundes die Meinung herrschte, man müsse selbst los schlagen. Die Frage, ob der Reichstagsbrand das Resultat zum bewaffneten Aufstand sein sollte, verneint der Zeuge. Der Zeuge B. r. a. n. d. aus Hamm bekundet, daß der ganze Rotfrontkämpferbund im Februar neu organisiert worden war. Weiter machte der Zeuge Bekundungen über eine Unterredung, in der davon gesprochen wurde, daß in Düsseldorf beabsichtigt sei, die G. a. s. w. e. r. k. e. z. u. e. x. p. l. o. s. i. o. n. z. u. b. r. i. n. g. e. n. K. a. b. e. l. z. u. s. p. r. e. n. g. e. n. u. w. a. m. d. a. b. u. r. d. B. e. w. i. r. t. u. n. g. z. u. h. i. l. f. e. n. u. n. d. d. e. n. B. o. d. e. n. f. ü. r. d. e. n. A. u. f. s. t. a. n. d. v. o. r. z. u. b. e. r. e. i. t. e. n. Die Weiterverhandlung wird dann auf Dienstag vertagt.

Der Nachweis für die kommunistische Umsturztätigkeit wird heute im Brandstifterprozess mit einigen Beispielen aus der Mark Brandenburg noch erweitert. Es werden wieder in Untersuchungshaft sitzende Kommunisten aus Prenzlau, Eberswalde und M. a. o. b. i. t. v. o. g. e. f. ü. h. r. t., die der Teilnahme an hochverräterischen Aktionen dringend verdächtig sind. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung eines Arbeiters F. e. l. z. aus Bad Freienwalde, gegen den in Zusammenhang mit Sprengstoffanbahnung ein Verfahren schwebt. Er ist bis 1929 Mitglied der K. P. D. gewesen, wurde dann wegen Unterschlagung ausgeschlossen, hat sich aber weiterhin noch ständig in kommunistischem Sinne betätigt. Er wurde nur nicht mehr in alle vertraulichen Angelegenheiten der Partei eingeweiht. Der Zeuge teilt mit, daß am 2. Februar ein gewisser J. e. s. s. e. l. aus Berlin nach Freienwalde gekommen ist, der Verbindungsmann der Partei vom Unterbezirk Freienwalde für die Abteilung 66, einer technischen Abteilung, deren Aufgabe die Waffenbeschaffung war. J. e. s. s. e. l. hat dort erklärt, daß ein Verbot der Partei die erste Phase des Bürgerkrieges sein würde. Das beste die Ausführung von Sabotageakten, Rahmlegung lebenswichtiger Betriebe durch Beschädigung, Sprengung von Eisenbahnbrücken usw. J. e. s. s. e. l. habe eine Anzahl Waffen aus Berlin, Blindlaternen zum Untertun von Mordegeboten, Landkarten und ähnliches mitgebracht. Auch hier spielt wieder planmäßig von der kommunistischen Zentrale aus propagiert der Gedanke des nationalsozialistischen Marxsches

auf Berlin, der mit Gewalt verhindert werden müsse. Wenn am 3. März, so habe J. e. s. s. e. l. erklärt, die Konterrevolution den Marxs auf das rote Berlin unternehmen würde, so müsse man dieser Aktion durch Teilkämpfe des Proletariats wirksam entgegenreten und diesen Marxs mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Als Beispiel habe J. e. s. s. e. l. angeführt, daß der B. V. G. Streik sehr leicht zum Generalkrieg hätte werden können und daß damit der bewaffnete Aufstand ohne weiteres gegeben gewesen wäre.

Vor dem Abschluß der Beweisaufnahme in Leipzig.

Leipzig, 6. Dezember. Der Reichstagsbrandstifterprozess steht dicht vor dem Abschluß der Beweisaufnahme. Der Senat beabsichtigt, heute noch ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu bewältigen und dann eine mehrtägige Pause zur Vorbereitung der Plädoners eintreten zu lassen. Notfalls wird noch der morgige Donnerstag zu Hilfe genommen werden müssen. Außer den schon gestern vernommenen Gefangenen ist heute u. a. noch ein Oberlandjäger als Zeuge erschienen. Ferner sind geladen worden: Der Polizeibeamte aus Hennigsdorf, der in der Nacht zum 27. Februar im Obdachloshaus Dienst getan hat, eine Frau, die über die dortige Anwesenheit von der Lubbes Aussagen machen kann, weiter der Hausinspektor des Reichstages und die Leiterin der Reineckedamstraße, die über die Verwendung des M. a. b. e. l. p. u. l. v. e. r. m. i. t. t. e. l. s., dessen richtiger Name „Sangajol“ ist, Auskunft geben werden. Hierzu wird in erster Linie das von der Verteidigung beantragte Gutachten des Gerichtsammeisters Dr. S. a. h. h. o. l. l. e, von Bedeutung sein, der dem Vernehmen nach der These der Verteidigung nicht beitreten wird. Den interessantesten Teil der heutigen Verhandlung werden die Gutachten der medizinischen Sachverständigen über den körperlichen und geistigen Zustand von der Lubbes bilden.

Nach den Äußerungen des Senatspräsidenten Dr. B. ü. n. g. e. r. wird unter allen Umständen die Beweisaufnahme im Reichstagsbrandstifterprozess heute zu Ende geführt. Der Oberreichsanwalt hat beantragt, daß eine Anzahl von Urteilen gegen Kommunisten verlesen werden, darunter auch das Urteil gegen Neumann im sogenannten Tschelka-Prozess, das vom Staatsgerichtshof im Jahre 1924 gefällt worden ist. Wenn die Dispositionen des Vorsitzenden, Senatspräsidenten Dr. B. ü. n. g. e. r., eingehalten werden, ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen heute, am letzten Tage der Beweisaufnahme, bis in die späten Abendstunden fortgesetzt werden.

Aus aller Welt.

Wegen Beschuldigung Hitlers verurteilt. Die Wiener Polizeidirektion hat am Dienstag eine Strafe wegen Beleidigung des Reichkanzlers Hitler verhängt. Der verantwortliche Schriftleiter der Kunstzeitschrift „Der Wirbel“, die früher in München herausgegeben wurde, wurde wegen Kritik an dem deutschen Reichkanzler nach der Verordnung zum Schutze der Ehre von Mitgliedern ausländischer Regierungen zu einer Geldstrafe von 100 Schilling verurteilt.

Kommunistisches Arbeiterheim in Böhmen in Flammen. In Grottau (Nordböhmen) brach in dortigen kommunistischen Arbeiterheim ein schweres Schicksal aus, dem ein großer Teil des Heimes zum Opfer fiel, obwohl die Behr: n der näheren Umgebung rasch zur Stelle waren. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

2224 Oesterreicher ausgebürgert. In Oesterreich sind seit dem Erlaß der Rotverordnung vom 16. August, wonach Oesterreicher ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden können, 2224 Personen ausgebürgert worden, fast ausnahmslos Nationalsozialisten, die sich ins Deutsche Reich begeben haben.

Nationalsozialist Langhans aus Karlsbad ausgewiesen. Der in ganz Westböhmen bekannte ehemalige nationalsozialistische Parteiführer, Fachlehrer Langhans, der mit seinen Eltern weit mehr als 30 Jahre in Fischern bei Karlsbad wohnt, erhielt den sofortigen Ausweisungsbefehl aus dem Karlsbader Polizeibezirk bis zum 1. Januar 1936. Der Befehl rührt sich auf die Bestimmungen des Gesetzes über die aufgelösten Parteien. Die übrigen Führer der NSDAP, und der Deutschen Nationalpartei im Karlsbader Polizeibezirk erhielten einen Befehl des Karlsbader Polizeikommissariats, wonach sie folgenden Einschränkungen unterworfen werden: 1. Ihre Briefe und

sonstigen Postsendungen unterliegen der Beschlagnahme bzw. Beschnüpfung. 2. Ihre Telegramme werden zensuriert. 3. Sie werden unter Polizeiaufsicht gestellt. Danach dürfen sie sich vom 4. Dezember an bis zum 1. Januar 1935 aus dem Karlsbader Polizeibezirk nicht entfernen und haben sich in dieser Zeit dreimal täglich bei der Polizeihauptwache in Karlsbad zu melden. Ferner wird ihnen die Teilnahme an Versammlungen jeder Art verboten.

Tagung des Verbandes der polnischen Kriegsteilnehmer. Am letzten Sonntag fand in Warschau im Beisein des Senatspräsidenten, der Mitglieder der Regierung und der Heeresleitung die 6. Vertretertagung des polnischen Verbandes der Kriegsteilnehmer statt. Die Eröffnungsrede hielt der Vorsitzende des Verbandes, ein General. Er wies darauf hin, daß Polen noch vor der großen Frage stehe, ob es ein den großen Weltmächten ebenbürtiger, oder ein kleiner, auf die Hilfe der mächtigen Staaten angewiesener Staat sein solle. Der General ist überzeugt, daß Polen diese „Prüfung seiner Kräfte“ noch ablegen müsse. Der Verband erblicke seine wichtigste Aufgabe in der „Aufrechterhaltung der Kampffähigkeit der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in der Keiserer zum Zwecke der „Festigung der Macht der Republik auf militärischem, materiellem und kulturellem Gebiet“. Für Marschall Pilsudski sprach General Skladowski. Jedes Mitglied des Verbandes müsse, so sagte er, jederzeit bereit sein, im Augenblick der Gefahr für das Vaterland das Leben zu opfern.

Vor der Lösung der Führerfrage bei den schwedischen Nationalsozialisten. „Svenska Dagbladet“ zufolge ist die Führerfrage bei den schwedischen Nationalsozialisten jetzt gelöst worden. Bei einem Vortrag wurde mitgeteilt, daß sich Oberst Martin Ekström zur Verfügung gestellt hat. Er ist 46 Jahre alt und war von 1911 bis 1914 Instruktionsoffizier der persischen Gendarmerie. Später nahm er mit Auszeichnung an den finnischen, estnischen und litauischen Freiheitskämpfen teil. Er bekleidet jetzt eine führende Stellung im finnischen Schutzkorps. Wenn die Nachricht richtig ist, daß Oberst Ekström die Führung über die verschiedenen nationalsozialistischen Gruppen, die sich bisher befehdeten, übernommen hat, so dürfte dies für die Entwicklung des schwedischen Nationalsozialismus die allgrößte Bedeutung haben.

Amerikanischer Senator entführt? Der amerikanische Senator James Hamilton Lewis aus Illinois, der am Dienstagabend in Dallas in Texas über den nationalen Wiederaufbauplan sprechen sollte, ist nach Angabe seines Sekretärs spurlos verschwunden. Man befürchtet, daß der Senator zu Erpressungszwecken entführt worden ist. Eine umfangreiche Suche nach ihm ist eingeleitet.

Immer wieder Papierböllere in Oesterreich. — Haus suchung mit tragischem Ausgang. In dem Ort Lind in Kärnten ist in dem Gemeindehause, in dem auch der sozialdemokratische Bürgermeister wohnt, ein Papierböllere explodiert durch den zehn fensterscheiben zerrümmert worden. In Villach wurde ein Papierböllere aufgefunden, der jedoch nicht zur Explosion gelangt ist. Die niederösterreichische Landesregierung hat die Ortsgruppe des Schulvereines S. a. m. a. r. t. in M. a. n. d. e. n. d. o. r. f. a. u. s. g. e. l. o. s. t., weil ein Beauftragter der Ortsgruppe mit den Drucksachen des Schulvereines auch nationalsozialistisches Werbematerial verhandelt haben soll. Zwei Funktionäre der Ortsgruppe wurden verhaftet und mit Arrest bestraft. In Reg. (Niederösterreich) wurde ein Sprengstoffanschlag auf das dortige Wasserwerk verübt. Wie aus Schwarzbach gemeldet wird, ist dort eine Haus suchung bei dem Nationalsozialisten Haag sehr tragisch verlaufen. Die Suche nach politischem Material war vollständig ergebnislos. Als die Gendarmeriebeamten weggingen, erlitt die Frau Haag einen Herzschlag, dem sie erlag.

Mit dem Lotterielos in der Tasche beerdigt. Aus Paris wird berichtet: Nachdem erst am Montag bekannt wurde, daß ein geschickter Schwindler auf ein gefälschtes Lotterielos hin eine Million Franken einlieferte, wird am Dienstag aus Rennes gemeldet, daß ein Bauer eines in der dortigen Nähe liegenden Dorfes, der kurz vor der Ziehung starb, mit seinem Lotterielos in der Tasche beerdigt wurde und daß dieses Los angeblich eine Million Franken gewonnen hätte. Die Hinterbliebenen des doppelt unglücklich betroffenen Bauern haben die Ausgrabung der sterblichen Überreste beantragt, um nach dem Los zu suchen. Man weiß aber noch nicht, ob die Genehmigung dazu erteilt wird.

Der Oelmagnat

Roman von E. Marquardsen-Komphöwener. (Nachdruck verboten.)

Fräulein Stein hatte die Säle durchschritten, als wisse sie nicht, wie viele Wände ihr folgten. Scheinbar ruhig ging sie zu den Garderobräumen und legte ihren hellgrünen Mantel ab, betrachtete mechanisch ihr Gesicht im Spiegel, küßte den kleinen weißen Alibi auf ihrem Goldhelm und zog den weißen Mantel zurecht. Langsam dachte sie ihre Schritte fertig, da alles, wessen sie hier benötigt hatte, in den vielen Taschen des Mantels versteckt war. Als sie den Garderobraum verließ, die weißen Handschuhe überstreichend, stand dort Albert, der Page, und reichte ihr stumm ein Kuvert hin. Sie nahm es ebenso kumm und nicht ihm zu. Sie küßte sich plötzlich als freier Bürger und nicht mehr als Angestellte und gab ihm aus ihrer kleinen Börse ein Geldstück. Er verbeugte sich gewandt und öffnete ihr die Ausgangstür fürs Perlonal, als sei sie der Chef der Vereinigten Banken selbst. Als sie die Schwelle überschritt, reichte er ihr einen Zettel; sie sah ihn fragend an.

„Meine Adresse, Fräulein; man kann nie wissen. Vielleicht hören Sie mal was für mich.“

Fräulein Stein nickte und ging davon; Albert, der Page, dachte, daß sie natürlich die einzige weggeschickt hatten, die ihn weder besoff noch beschimpft hatte. Na ja, man würde schon sehen! Und wandte sich ab.

Fräulein Stein trat in den strahlenden Sonnenschein hinaus und atmete erst einmal tief. Als sie den Hinterhof des großen Instituts verlassen hatte, brachten sie wenige Schritte auf die breite Straße, von der aus der See zu sehen war. Sonne, Freiheit, an einem Wochentage! Sie drückte ihre Wampe fester an sich und schritt aus. Wie lange war das nun, seit sie Freiheit an einem Wochentage genossen hatte? Ach, gar nicht nachzurechnen! Und Sonntags, da war es immer so arg voll. Wie schwer entschloß man sich doch, Teil einer Menge zu sein. In dumm, daß man das immer noch nicht überwindet! In dumm, wirklich. Aber da war etwas, das es nicht zuließ, daß man sich unter den gleichen Verhältnissen wohlfühlte wie andere Leute. Das mußte noch erreicht werden, unbedingt. Aber jetzt, an einem beliebigen Dienstag, mitten

im Monat, elf Uhr vormittags, frei sein und den See vor sich sehen... Ja, das war herrlich! Sie setzte sich auf eine Bank am Kai und sah vor sich ins Wasser. Gott, wie schön war es hier! Dieser Jüricher See war so weit und frei und so bewegt, beinahe wie ein Meer. Fräulein Stein sah sich beseligt um und verdankte es sicher nur der frühen Vormittagsstunde, daß sie auf ihrer Bank unbeobachtet blieb. Denn der Verlockung, lange in dieses lebensfrohe, strahlende Gesicht eines schönen Mädchens in Weiß, in der Sonne, am See, zu schauen, wäre wohl schwer zu widerstehen gewesen. Die frohe Verfunkenheit dauerte allerdings nicht lange; dann küßte das Denken wieder über sie her, und sie nahm das Kuvert, das ihr der Page gegeben hatte. Sie zählte das Geld und rechnete, wie lange es reichen würde, damit das liebe, das geliebte Sorgenkind nichts merke... ihr großes, altes Sorgenkind! Eine Beise würde es geben, und inzwischen mußte man eben wieder suchen. Zum drittenmal nun hatte sie aus demselben Grunde ihre Stellung verlassen. Da hatte man gut sagen, daß das alles nicht so schlimm sei, daß die Geheiß viel zu tun hätten, um sich um ihre Angestellten zu kümmern; daß das alles dumme Märchen seien. So schlimm war's doch geworden, daß sie schon daran gedacht hatte, eine grüne Brille zu tragen, damit sie wenigstens entsetzt sei. Aber das schien ihr doch wieder alzu lächerlich. Es mußte doch auch so gehen! Aber es ging nicht. Es endete immer wie heute. Und sie konnte doch wirklich etwas. Komisch, da blieb es immer, die Frauenarbeit sei so weit fortgeschritten, und dabei konnte man in ganz Jürich in ihrer Spezialbranche nicht einen einzigen weiblichen Chef finden. Wo verfielen die sich nur? Sie wollte es nochmals versuchen, einen zu finden, aber jetzt mußte sie erst einmal zu Krullchen. Welch ein Segen, daß es Krullchen gab! Was hätte sie sonst getan, wenn die Welt ohne Krullchen gewesen wäre? Gar nicht auszubedenken!

Schnell erhob sie sich und schlug den Weg zu Krullchen ein. Der führte sie aus dem Viertel breiter Straßen fort, um den See herum dorthin, wo schon die Weinberge begannen. Sonst fuhr sie den Weg immer mit der kleinen Uferbahn, aber jetzt wollte sie ihn einmal in der Sonne gehen, als besonders ruhebringenden Weg der neuen Entschlüsse. Aus allem, was sie um sich sah, sog sie sich Mut und Lebensfreude. Sie küßte ihre Kräfte und elastische Widerstandsfähigkeit bei jedem Schritt und mußte schließlich darüber lachen, daß sie das alles so ernst genommen hatte. Wann würde sie nun soweit sein, der-

gleichen nicht mehr tragisch zu nehmen? In dumm doch! Es galt ja alles gar nicht ihr selbst, vielmehr doch einem Wesen, das diese Leute sich unter ihr vorstellten.

„Ach was!“ sagte sie vor sich hin und lachte. Herrlich zu leben, zu gehen in der Sonne, so zwischen den Gärten hin. Was für ein Glück, daß sie dieses verstaubte Haus damals gefunden hatte, um ihrem Sorgenkinde darin das zu erhalten, was dieser armen Unvernunft nun einmal das Leben bedeutete. Jetzt konnte sie schon den großen Garten sehen mit dem Pavillon am Ende, nun auch das Schild mit seinen Riesenlettern, die vom Schiff aus erkenntlich sein mußten... Kunst- und Handelsgärtnerei von Schaffner“, und dann war sie da.

Heiß war ihr geworden, richtig heiß! Aufatmend nahm sie den Hut vom Kopf und ließ die Goldhaare in der Sonne blitzen, als sie in den breiten Mittelweg der Gärtnerei eintrat. Gleich rechts, nahe der Biegung, war das Gärtnerhaus, und davor sah ein Mädel, dunkel, schwächling und blaß, und hatte den Schoß voll Blumen. Fräulein Stein blieb stehen, weil der Duft der Blüten bis zu ihr wehte, und rief hinüber: „Ervus, Moidli! Was machst denn da?“

Die Angersene sah auf und lachte; sie warf eine Blume hoch. „Fang's, Fräulein Herzog!“ rief sie.

Fräulein Stein kam heran, nahm die Blume auf und hielt eine röllliche Orchidee in der Hand. Erstaunt sagte sie: „Ja, Herrgott, Moidli, mit was wirfst denn du da herum? Das kost' ja wer weiß was!“

„Der, der's zahlt, kann's zahlen. Ich bring's nachher hin mit dem Wagen. So viel reich ist der, Fräulein Herzog, so viel reich! Und wohnt am Bahnhofs unten!“

„So“, sagte Fräulein Stein zerstreut, weil ihr scharfes Ohr einen Schritt gehört hatte, der vom Pavillon her kam. Wer ging denn so? Und wer kam da überhaupt um diese Stunde? Sie wartete, bis die Wäsche sie sehen ließen, wer es sein konnte, und dann tat sie einen schnellen Schritt vorwärts. So plötzlich war sie mitten im Weg, daß der gebückte kleine Mann erschrocken vor der unermuteten Erscheinung zurückfuhr. Dann beugte er sich bis zur Erde und murmelte etwas. „Lassen Sie das“, sagte Fräulein Stein. „Aber geben Sie mir sofort, was Sie da mitgenommen haben. Sofort.“

„Aber, Sobott, das ist unmöglich! Ich habe mein gutes Geld gegeben.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Dresdner Feier am 10. Dezember

Im Zeichen von Lutherrose und Hakenkreuz
Die Vorbereitungen der Sächsischen Kirchenregierung für den Lutherfest am 10. Dezember, sind beendet. Vormittags 9.30 Uhr finden in allen Kirchen in Dresden und des Landes die Festgottesdienste zum Gedächtnis des deutschen Reformators Martin Luther statt. Von 10 Uhr ab treffen im Dienstgebäude der Sächsischen Kirchenregierung, Luisenstraße 6, der Reichsbischof und die Spitzen der staatlichen und kirchlichen Behörden des Reiches und des Sächsischen Staates ein und werden von der Sächsischen Kirchenregierung empfangen. Um 10.15 Uhr stellt sich die sächsische Schulkinder von nah und fern zum Spalier von der Luisenstraße bis zur Frauenkirche auf. Um 10.30 Uhr fährt der Wagenzug der teilnehmenden Reichs-, Staats- und Kirchenvertreter unter dem Gloriosa geläuteter Kirchen der Stadt über die Luisen-, Reichs-, Prager-, See-, Schloß-, Augustusstraße zum Hofpalais. Dort erwarten ihn die Superintendenten der Sächsischen Landeskirche im Talar und geleiten den Zug zu Fuß durch Portal D in die Frauenkirche. 11.15 Uhr beginnt dort der feierliche Gottesdienst zur Einweihung des sächsischen Landesbischofs durch den Reichsbischof. Der Gottesdienst wird durch Lautsprecher auf den Neumarkt, Adoff-Hilfer-Platz und weitere zehn Dresdener Kirchen übertragen. Anzweihnen haben sich von 10.50 Uhr ab die staatlichen und kirchlichen Verbände auf dem weiten Platz des Neumarktes am Lutherdenkmal versammelt, wo um 12.50 Uhr die gewaltige Lutherfunde durch den sächsischen Landesbischof, bei der nach einem Grußwort des Reichsbischofs der Landesbischof zu den aufmarschierenden Verbänden und zu den Massen des Volkes sprechen wird. Die vereinigten Dresdner Posaunenchor werden zu dieser Rundgebung spielen. Nach dem Gelang des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes beginnt um 13 Uhr unter den Klängen der Musikkapellen der vorkommend familiärer Teilnehmer mit ihren Bannern und Wimpeln vor den Führern des Staates und der Kirche.

In der nun folgenden längeren Mittagspause sorgen sechs Feldküchen durch Ausgabe wärmenden Tees für das leibliche Wohl der teilnehmenden, vielfach von weither gekommenen Jugend. Um 16 Uhr findet ein Lutherfestgottesdienst in der Frauenkirche statt, bei dem Oberlandeskirchenrat Adolf Müller und Oberkirchenrat Dr. Volster in ihren Ansprachen sich besonders an die Jugend wenden werden. Für diesen Gottesdienst bleiben den auswärtigen Festteilnehmern gegen Vorzeigen ihrer Sonderzugskarten Plätze vorbehalten. Der ursprünglich geplante „Aufmarsch des Volkes der Jugend“ fällt der späten, kalten Jahreszeit wegen aus; er wird im kommenden Jahr einmal nachgeholt. Umso mehr erwartet die Sächsische Landeskirchenregierung, daß das sächsische Kirchenvolk und weit darüber hinaus alle, die mit Staat und Kirche des Sachsenlandes sich innerlich verbunden fühlen, an diesem Volksfesttag zur Huldigung des Deutschen aller Deutschen, des großen Reformators Martin Luther, in Massen sich beteiligen werden im Zeichen von Lutherrose und Hakenkreuz und unter der Losung: **Mit Luther und Hitler für Glauben und Volkstum!**

Planen. Eine Million RM für den Bahnhofsneubau. Nachdem sich der Präsident der Reichsbahndirektion Dresden, Dr. Demsch, über die Umbauarbeiten am Oberen Bahnhof unterrichtet hatte, ist jetzt bei dem hiesigen Reichsbahnebauamt die Mitteilung eingetroffen, daß zur Weiterführung des Baues für das Jahr 1934 eine Million Reichsmark zur Verfügung gestellt werden.

Vorkädtliche Kleinsiedlung

ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln
Nach den Beobachtungen des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums sind bisher nur in verhältnismäßig wenigen Fällen Siedlungsarbeiten, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel durchgeführt werden sollen, als vorkädtliche Kleinsiedlungen anerkannt worden. Dies ist um so bedauerlicher, als die durch die Anerkennung weiten Kreisen gebotenen Erleichterungen und Vergünstigungen geeignet sind, die Siedlungs- und Bautätigkeit zu fördern und damit zur Belebung der Wirtschaft beizutragen. Die vielen in letzter Zeit entstandenen Kleinsiedlungsarbeiten, die sich leider teilweise zu sogenannten „wildem“ Siedlungen entwickelt haben, zeigen, daß Siedlungswille und auch Geldmittel vorhanden sind, daß es aber notwendig ist, den Siedlungsarbeiten beratend zur Seite zu stehen und damit einer geordneten Siedlungsweise die Wege zu ebnen.

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ermahnt deshalb die Anerkennungsbehörden in einer Verordnung, daß sie sich dieser Aufgabe nach Kräften annehmen und die Anerkennung als vorkädtliche Kleinsiedlung möglichst weitgehend und überall dort ausprechen, wo vorkädtliche Kleinsiedlungen ohne Verletzung öffentlicher Interessen errichtet werden können. Eine Ueber- oder Unterschreitung der Höchst- und Mindestgrenzen für Baufläche, Landgröße, Bodenpreise usw., die in den vom Reichsarbeitsminister aufgestellten Richtlinien festgelegt worden sind, soll die Anerkennung nicht ausschließen. Insbesondere dürfen auch kleinste, nur aus Stube, Küche und Stall bestehende Bauvorhaben, die als Kernhaus geplant sind und später nach Bedarf und Geldmittel erweitert werden sollen (sog. Brunnhütten) anerkannt werden. Voraussetzung ist jedoch in jedem Fall, daß der Charakter als Kleinsiedlung gewahrt ist.

Voraussetzung für die Anerkennung ist ferner das Vorhandensein eines Stalles, um Kleintierhaltung und damit eine, wenn auch bescheidene Selbstversorgung mit tierischen Erzeugnissen zu ermöglichen, sowie eines Wirtschaftsraumes, in dem der Siedler die für die Gartenarbeit und Kleintierhaltung erforderlichen Nebenarbeiten verrichten und Geräte unterstellen kann. Nur in solchen Ausnahmefällen, in denen aus besonderen Gründen ausschließlich Gartenbau betrieben werden soll, wird auf einen Stall verzichtet werden können.

Entlarvte Propagandisten

Wegen der Verbreitung von Flugzetteln, die Angriffe gegen den Heimatsschutz enthalten, waren in Casanand bei Klagenfurt der Ortsgruppenführer Binder und der Propagandaleiter Mitteregger der NSDAP verhaftet worden. Es stellte sich aber heraus, daß die Verhafteten schuldlos waren. Dagegen wurden in der Folgezeit der Sachführer der Vaterländischen Front und des Heimatsschutzes, Gallant, sowie der Hilfsleiter Trattling verhaftet, denen nachgewiesen wurde, daß sie die Flugblätter verbreitet haben und Propagandisten zur Explosion bringen wollten. Sie legten ein Geständnis ab, aus dem hervorging, daß sie die Flugblätter begeben hatten, um die NSDAP damit zu belasten.

Benech nach Paris eingeladen

Auf Einladung der französischen Regierung wird der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benech demnächst nach Paris kommen. Am 14. Dezember wird er eine Unterredung mit Außenminister Paul-Boncour haben. Während seines offiziellen Charakter tragenden Aufenthaltes wird Dr. Benech auch vom Präsidenten der Republik und vom Ministerpräsidenten Chaumets empfangen werden.

Die Drohung nach Genf

Alfred Rosenberg schreibt im „Völkischen Beobachter“: Knapp zwei Monate sind seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verstrichen und schon erhält das brüchige Gebäude einen erneuten Stoß, von dem es sich in seiner alten Form niemals mehr erholen können. Die einzelnen Punkte, die nach italienischer Anschauung durchgeführt werden müßten, um diese Voraussetzungen zu schaffen, sind im einzelnen noch nicht eindeutig bekanntgegeben, doch heißt es, daß die kleineren Mächte in ihrer Stimmgabe Beschränkung erfahren müßten bei allen Problemen, die sie nicht unmittelbar oder nur zum Teil betreffen, ferner müßte der ganze Apparat so weit vereinfacht werden, daß wirkliche Beschlusfassungen zustande kommen können ohne immer neue Vertagungen. Zum dritten soll die ganze Institution in Genf vom Versailles Vertrag losgelöst werden.

Wenn sich die letzte Forderung bewahrheiten sollte, so wäre ein entscheidender Schritt für den Frieden Europas getan worden. Es wäre dann vielleicht möglich, auf einer neuen, der Vernunft und den Lebensnotwendigkeiten auch Deutschlands entsprechenden Grundlage die wichtigen Fragen europäischer Politik und Wirtschaft zu besprechen. Es wäre bei allen Dingen jene Voraussetzung geschaffen, auf die der Führer immer wieder hingewiesen hat, daß es nicht anginge, die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten für alle Ewigkeit festzuhalten, um dadurch immer wieder neue Erbitterung herbeizuführen.

Der Führer und Reichkanzler hat in eindeutiger Weise erklärt, daß Deutschland nicht daran denke, auf eine internationale Konferenz zurückzuführen oder an einer neuen teilzunehmen, wenn nicht die Frage der Gleichberechtigung in eindeutiger Weise gelöst worden sei. Wenn also der Holländische Vorschlag die Lösung des uns diskriminierenden Versailles Vertrages vom Völkerbund fordern sollte, so wäre damit eine der Voraussetzungen geschaffen worden, nach deren Durchsetzung internationale Zusammenkünfte wieder als möglich erscheinen.

Wenn es zur Krise, und zwar zur katastrophalen Krise der Genfer Institution gekommen ist, so tragen die bestimmenden Mächte im Völkerbund selbst die entscheidende Schuld. Nach dem Vortritt Italiens, der zweifellos Sympathien auch anderer Nationen genießt, bleibt dem Völkerbund nichts weiter übrig, als entweder den organischen Forderungen anderer Zeit Rechnung zu tragen, oder ins weiten Nichts zurückzusinken. Wir begrüßen die Entschliebung des sächsischen Rates und hoffen, daß er das leinige beitragen wird zu einer Neugestaltung der politischen Lage und damit zu einer wirklichen Befriedung Europas.

Englands Stellungnahme

Die Stellungnahme des sächsischen Großen Rates gegenüber dem Völkerbund ruft in London das größte Interesse hervor. Man sei jedoch der Ansicht, daß in Wirklichkeit die Lage sich damit nicht erheblich verändere sondern nur die Haltung bestätige, die die italienische öffentliche Meinung schon seit einiger Zeit eingenommen habe. Im Augenblick sei eine Stellungnahme amtlicher Stellen nicht zu erwarten. In England richtet sich das Hauptinteresse im übrigen mehr auf die Abrüstungsfrage und die Beziehungen, die jetzt in verschiedenen Hauptstädten über die Abrüstung geführt werden. Man hoffe, daß sie bis zum Zusammentritt des Völkerbundrates nächsten Monat genügend fortgeschritten sind, um dem Büro der Abrüstungskonferenz, das wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Völkerbundrat tagen werde, die Feststellung zu ermöglichen, daß nunmehr eine geeignete Grundlage für die Fortsetzung des Abrüstungswerkes in Genf vorhanden sei.

Puppenstuben - Tapeten Weihnachtsdekorationspapier

In verschiedenen Mustern empfiehlt

Buchhandlung Herm. Rühle.

Verbilligung der Stellen-Anzeigen

im bekannten Familienblatt

Daheim

(über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete verbreitet)

Stellen-Gesuche jetzt nur 60 Bfg. für die Druckzeile
Stellen-Angebote „ „ 90 Bfg. (= 7 Silben)
(Ein einmaliges Inserat führt meist zum Ziele.)

Die Anzeigen-Aufnahme für den Personal-Anzeiger des „Daheim“ befindet sich in der Buchhandlung von **Hermann Rühle.**

Sie erhalten ihre eigene Existenz, wenn Sie werben!

Das Geld, das Sie ausgeben, kommt im natürlichen Kreislauf auch ihrem Unternehmen zugute. Also werben Sie, damit Sie nicht eines Tages auch erwerbslos werden! Benutzen Sie zu ihrer Werbung das in unserem Orte verbreitete Heimatblatt, die „Ottendorfer Zeitung“.

Deutsche Teppiche Decken

Für's Weihnachtsfest willkommene Geschenke von Dauer und von Wert

Bouclé-Teppich, strapazierfähiges Reih-Haargarnmaterial, mod., fein abgestimmte Muster
200/300 cm 165/235 cm 130/200 cm groß
29.00 21.75

Bouclé-Teppich, unsere bestes bewährte Standardqualität, mit modern. feinen Zeichnungen
300/400 250/350 200/300 165/235 130/200 cm
68.00 60.00 44.00 29.00

Tourmay-Teppich, die bewährte Qualität, viele ausgezeichnete Muster in Perserart...
250/350 cm 200/300 cm 170/240 cm
103.00 69.50

Tourmay-Brücke, das stets willkommene Festgeschenk, in einer großen Auswahl auslesener schöner Muster,
20/180 cm groß 42.50, 27.50

Bettumrandung, das beliebte Festgeschenk (zwei Vorleg., je 70/140 cm und ein Läufer, ca. 70/350 cm) in prima Haarseide, mit geschmackvollen Mustern... 49.00

Tischdecke, vornehm durchgearbeitet, Kunstseide, geschmackvolle, mod. Muster, mit breiter Seidenfranse... 12.25, 9.75, 6.50

Diwandecke, dauerhafter, feiner Gebelststoff, mit herrl. Mustern in Perserart 36.00, 18.50, 13.75

Diwandecke, dunkelbraun, schwerer Wollstoff, mit herrl. Mustern in Perserart 36.00, 28.50 mit modernen Zeichnungen 24.50, 19.75

Neue Geschäft: Dresden, N. Gohlis, am 10/11

Ludwig Bach & Co

Wettinerstr. 3/5 Dresden

Auf Wunsch legen wir Ausgesuchtes gern bis zum Fest zurück



Podende Berichte aus dem Inselparadies der Südsee von E.F. Löhndorf, bringt jetzt die Tiedruck-illustrierte Neue J. J. überall für 20 Pfennig

Zu haben in der Buchhandlung Herm. Rühle.

Frauenverein.

Donnerstag, d. 7. Dez. abends 8 Uhr im „Roh“
Adventsfeier.
Die Fortschende.

Ein Transport schön-gewachsener

Christbäume

siehe preiswert zum Verkauf bei
Kluge, Dresdenerstraße.

Adventskarten

**Adventskalender
Adventsleuchter
Adventssterne**
empfiehlt

Buchhdlg. Herm. Rühle.

Streufrutter!

Sonnenrosen und Pant
Bf. 25 Bfg.
Weißerlinge St. 15 Bfg.
Adler-Drogerie G. Wehner.

Die...
Der...
Im...
In...
Zur...
m...
die...
die...
au...
18...
re...
Dre...
seine...
Dr...
s...
re...
Be...
Die...
ter...
von...
geb...
zur...
me...
ber...
sie...
Ber...
g...